Ausgabe 19 - anarchistische Straßenzeitung - März 2016



Fernweh

Fernweh ist für uns das unbeschreibliche Verlangen nach etwas das wir im hier und jetzt nicht finden können, die unbändige Sehnsucht nach dem Unbekannten....

Von Gewalt, Sicherheit und gemeinsamen Werten

Wenn Gewalt angewendet wird, um andere Menschen zu unterwerfen, zu entwürdigen, einzuschüchtern oder um sich selbst ein stärkeres Macht- und Überlegenheitsgefühl zu verschaffen, stößt mich das ab und erzeugt in mir das Bedürfnis, mich dem mit meinen eigenen Mitteln entgegenzusetzen. Im Gegensatz zu Gewalt, die eingesetzt wird, um sich von einer Unterdrückung zu befreien, ist diese entwürdigende und uns unserer Selbstbestimmung beraubende Gewalt in dieser Gesellschaft allgegenwärtig. Sei es die Gewalt von Bullen, die uns kontrollieren, durchsuchen, fesseln, mit widerlichen Fragen durchlöchern, einsperren und zusammenschlagen, zu Tode hetzen oder erschießen, die Gewalt von Richtern, die uns mit der Macht einer Gesellschaft in ihrem Rücken verurteilen, die von Wärtern, die immer und immer wieder den Schlüssel im Schloss hinter uns herumdrehen, oder die von Chefs, die uns feuern oder in unterwürfiger Abhängigkeit halten. Sei es die Gewalt von Nahrungsmittelkonzernen, Pharmaunternehmen, Kraftwerksbetreibern, und Industrie, die uns beständig vergiften und dafür auch noch Geld verlangen, oder die Gewalt, die durch Werbung, Modeindustrie, Medien etc. ausgeübt wird, indem sie uns rund um die Uhr mit Bildern normierter „perfekter" Menschen bombardieren und dadurch einen Selbstoptimierungswahn befördern, der das Selbstbewusstsein und die Gesundheit Vieler zerstört.

All diese alltäglichen Formen der Gewalt werden uns als normal, als harmlos verkauft und wir sollen sie möglichst gar nicht als solche wahrnehmen. Und wann immer sich die Gewalt, die durch die Institutionen und Profiteure der Gesellschaft, in der wir leben, ausgeübt wird, überhaupt nicht unter den Tisch kehren lässt, wird sie als Notwendigkeit gepriesen, um gewisse „Werte" zu verteidigen. Gemeinsame Werte, mit denen sich alle identifizieren können (müssen): Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung... Freiheit. Im Namen dieser Werte wird anderswo gebombt und im Namen dieser Werte wird hier kontrolliert, geschossen, werden Gesetze verschärft und Kameras installiert...

Kriege basieren auf konstruierten gemeinsamen Werten und dem Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe, die in irgendeiner Form als überlegen empfunden wird, sodass sich der Soldat, der für diese kämpft, berechtigt fühlt, Gewalt gegen alle anderen „minderwertigen" oder zumindest „anderen" Menschen und Lebensweisen einzusetzen. Auch andere gesellschaftlich anerkannte Gewaltformen werden verstärkt oder ausschließlich auf Menschen angewendet, die bestimmten äußerlichen Kategorien oder Gruppen zugeordnet werden.

So werden Menschen mit dunkler Hautfarbe öfter kontrolliert, wird der weibliche Körper verstärkt vermarktet...

Warum also schreien weltweit Politiker, Medien und Bürger auf, wenn in einer Silvesternacht in Köln und anderen Städten massenweise Übergriffe auf Frauen begangen werden und faseln von Gleichberechtigung und den gesellschaftlichen Regeln, die hier gälten und an die sich die (immigrierten) Täter anzupassen hätten?

-> [Weiterlesen auf Seite 2]



Geflüchtete an der Grenze von Griechenland zu Mazedonien, bei Idomeni, greifen die Bullen an, welche die Grenze sichern

Die Häuser denen, die sie brauchen!

„Deeskalation durch Stärke"... so lautet eine bekannte Losung und Taktik der bayerischen Polizei. Wer an Wochenenden wie jenen zur Münchner Sicherheitskonferenz auf der Straße unterwegs ist, kann sich davon ein Bild machen: Im Minutentakt an einem vorbei brausende Polizeieskorten, die sich förmlich langweilen und nur darauf warten, irgendetwas zu tun zu kriegen und eine von hunderten leeren Zellen vollzustopfen und so eine Legitimierung für die Militarisierung der Stadt und die tausendköpfige Hydra der Polizeiverstärkung zu schaffen. Aber Deeskalation durch Stärke heißt auch eine Nulltoleranz-Linie bei kleinsten Vergehen und eine Einschüchterung durch möglichst harte Strafen, Paragrafen und „Hau Drauf!"-Vorgehen von Polizei und Justiz im Bereich von Verbrechen, die dem Staat gar nicht in den Kram passen. So häufen sich bei vielen Jugendlichen und anderen gemeingefährlichen Berufsgruppen schnell Anzeigen wegen Delikten wie Ladendiebstahl, mal beim Sprühen oder Kiffen erwischt werden, mal einen Bullen beleidigt, sich nicht sofort Handschellen anlegen lassen oder zwei, drei mal beim Schwarzfahren erwischt werden – und schon sitzt man ein paar Wochen im Jugendarrest oder man kriegt gleich eine Bewährungsstrafe aufgebrummt. Und was folgt, ist die Erkenntnis, dass wenn man sich jetzt noch einmal etwas zu schulden lassen kommt, es dann richtig ernst wird – und man sich besser ruhig verhält. Allesamt auf Bewährung, alle mit einem Bein im Knast. Und die, die mal auf die Kacke hauen, landen ein paar Jahre hinter Gittern, das weiß jeder. Denn das „Exempel statuieren" ist der Fetisch in der perversen Orgie zwischen den Staatsgewalten der Richter und der Staatsanwälte. So hat sich auch die Erinnerung an die gewaltsame Verteidigung einer Hausbesetzung im Jahr 2007 in die Gedächtnisse Vieler gebrannt...

München bleibt frei von Hausbesetzern!?

Zu Beginn schien es die Bullen nicht groß zu stören, dass Ende Juni 2007 in einem städtischen Tramdepot in der Münchner Westendstraße hin und wieder drei junge Punks schliefen, denn ihre staatlichen Komplizen des Jugendamtes standen schließlich in Kontakt zu ihnen.

Als die 17- und 19-jährigen allerdings auf die Idee kamen, den Leerstand auf einem aus dem Fenster gehangenen Transparent anzuprangern und zudem noch Barrikaden rund um die Eingänge des Hauses zu bauen, sah die Münchner Polizei rot.

[-> Weiterlesen auf Seite 5]

UNRUHEHERD

Hier werden Nachrichten aufgeführt, die von Aktionen berichten, die sich über Gestezehinwegsetzen, randalieren, vandalieren, direkt Unterdrückung angreifen, sich rächen oder schlicht Unruhe stiften und zeigen, dass München keineswegs ein vollständig befriedetes und kontrolliertes Pflaster ist. Dies ist nur eine sehr unvollständige Auswahl von Nachrichten, welche durch den Mediensumpf zu uns durchgedrungen sind und durch diesen sicherlich auch verfälscht wurden. Diese Auswahl kann und soll weder vollständig, noch korrekt sein, denn das wirklich interessante sind die hinter den Aktionen stehenden Konflikte.

1.01: In Schulen werden die zukünftigen Arbeitssklaven zu Arschkriechertum, Gehorsam und unselbstständigen Denken herangezüchtet. Hier erlernt man die goldenen Regeln der Selbstdisziplin und Selbstoptimierung, hier beginnt die Auslese und Bestrafung der schwarzen Schafe... nicht so in Unterschleißheim, dort wird Dämmmaterial einer Baustelle vor eine Realschule angezündet. Die Schule ist unbenutzbar und es entstehen 100.000 Euro Sachschaden.

2.01: In Haidhausen richtet ein Großbrand fetten Sachschaden an der IHK (Industrie und Handelskammer) an. Hier wird an Innovationen für die Wirtschaft, wie bspw. Digitaler Ökonomie gewerkelt... Die Geschäftsräume sind vorerst unbenutzbar.

7.01: In Neuhausen versuchen zwei Unbekannte einen Geldautomaten zu sprengen, können aber flüchten als die Bullen wegen des ausgelösten Alarms zum Tatort rasen. Die Polizei sorgt dafür, dass das Geld und das Eigentum in den Händen seiner Besitzer bleibt und diese damit diejenigen erpressen können, die nichts haben... denn was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?

12.01: In Milbertshofen kommt es in eine Erstaufnahmeeinrichtung nach einer Besprechung zwischen Mitarbeitern zu Tumulten, da protestierende Flüchtlinge Gehör finden wollten und sich über die schlechten Wohn- und Lebensbedingungen in der Unterkunft beschwerten. In den darauf folgenden Auseinandersetzungen wurde ein Mitarbeiter angegriffen und verletzt. Kein Wunder, wenn man sein Leben nicht selbst bestimmen darf und stattdessen in ein Lager gesperrt wird. Leider verhaften die anrückenden Bullen vier Angreiferinnen. Für die Revolte und die selbstorganisierte Zerstörung unser aller Käfige!

16.01: Anscheinend spazierte eine Gruppe von Leuten durch Giesing und nahm sich die Straßen, um lautstark begreiflich zu machen, was sie von der Aufwertung Münchens und der Verdrängung aller Unerwünschten, Nicht-Wohlhabenden zugunsten von Yuppies, Reichen und Touristen halten. Aus dem dort verteilten Flyer: „(...)Wir haben kein Bock mehr, uns dem still, resigniert und widerstandslos zu fügen, uns solange abzurackern, bis wir in der Lage sind, Münchens attraktives, exklusives Wohn-, Kauf- und Unterhaltungsangebot auch in Anspruch nehmen zu können. Es interessiert uns nicht, wir wollen nicht daran teilhaben. Wir werden nicht anfangen, bezahlbares Wohnen für alle zu fordern, denn das hieße in die bettelnde Position des Unterwürfigen zu gehen, der auf die Gabe des Staats wartet, aber nie anfangen wird, jenseits der Logik des Profits das Leben in die eigene Hand zu nehmen.(...) Aufwertungs-

[Fortsetzung von Seite 1]

Von Gewalt, Sicherheit und gemeinsamen Werten

Ihr geheucheltes Entsetzen und Mitleid ist an Zynismus schwer zu überbieten, interessieren sich die „Empörten“ doch einen feuchten Dreck dafür, dass die Gesellschaft, deren Regeln da verletzt wurden, maßgeblich darauf basiert, dass anderswo Frauen unter sklavischen Bedingungen die Textilien, die Schnittblumen und die Lebensmittel produzieren, die hier die Preise und den Lebensstandard gewährleisten. Bedingungen, die sich auch durch die Geringschätzung der Frauen in den Produktionsländern, vor allem aber durch die – von unseren hochheiligen Demokratien mitproduzierte – Armut aufrecht erhalten lassen. Sie interessieren sich einen feuchten Dreck für die Vergewaltigungen in den Kriegen, die diese Gesellschaft führt und sie interessieren sich einen Dreck für die, die hier an den Anforderungen der glitzernden Werbe- und Konsumwelt zerbrechen.

Der Grund für ihr Entsetzen kann also nicht ernsthaft die Abscheulichkeit selbst der Übergriffe gegen Frauen sein, auch wenn es gerne so dargestellt wird, sondern, dass sie hier, offensichtlich, direkt, vor aller Augen, vor der Polizei und entgegen dem, was gesetzlich festgeschrieben ist, stattfanden und dass sie die einzigen offiziell anerkannten Gewalttäter übergingen: den Staat, seine Organe und die Wirtschaft. Die Definitionshoheit, zu entscheiden, was als Gewalt gebrandmarkt wird und was nicht, liegt in ihrer Hand und somit auch das Gewaltmonopol.

Eine günstige Gelegenheit...

In der vergangenen Silvesternacht wurde dieses Gewaltmonopol vorübergehend recht großflächig außer Kraft gesetzt, einerseits ganz direkt durch einen Kontrollverlust der Bullen, andererseits ideologisch, indem allgemein hochgehaltene Werte wie Gleichberechtigung und Menschenwürde missachtet wurden. Werte, auf die sich bei solchen Gelegenheiten alle beziehen, obwohl sie eine Farce sind, auf die nur diejenigen hereinfallen, für die das Bedürfnis nach Beziehungen auf Augenhöhe sich auf die Forderung nach gleicher Bezahlung beschränkt und die ihre Würde freiwillig gegenüber jeder Autorität vorübergehend suspendieren.

Doch genau diese Werte müssen nun mit allen Mitteln verteidigt werden. Die Ereignisse von Silvester intervenieren dabei in eine Situation allgemeiner Panik und Verunsicherung, die von Politik und Medien in den letzten Monaten, insbesondere nach den Anschlägen von Paris, bewusst geschürt und befeuert wurde und wird. In dieser Situation dienen sie zur Rechtfertigung der Ausweitung von Kontrollen und Kameraüberwachung sowie einer massiven Aufrüstung des Polizeiapparats und mit der damit einhergehenden immer weiteren Beschränkung der Freiheit Aller. Insofern könnten böse Zungen beinahe behaupten, die jüngsten Geschehnisse kämen dem Staat in gewisser Weise ganz recht, um ohne Widerstände das Projekt beschleunigen und vorantreiben zu können, das er ohnehin seit Langem verfolgt: den Ausbau und die Perfektionierung der Überwachung, die Unterwerfung des Individuums und seiner Bedürfnisse unter die Erfordernisse von Sicherheit und Ordnung und die Verfeinerung und Ausdifferenzierung der Repressionsmechanismen bei jeder Art von abweichendem Verhalten. Ein Projekt, das jedoch von Vielen gar nicht als Angriff gegen sie selbst und Jede und Jeden wahrgenommen zu werden scheint, sondern das im Gegenteil begrüßt und allenfalls wegen seiner ungenügenden Effizienz bemängelt wird. Dieses Projekt beinhaltet in der aktuellen Situation insbesondere auch ein Vorgehen gegen alle, die als „fremd“ und somit als mögliche Träger anderer Werte wahrgenommen werden, wobei bestimmte Nationalitäten verstärkt unter die Lupe genommen werden. Die bereits lange kursierende Idee der Sortierung der Flüchtenden nach Herkunft, um die „Falschen“ möglichst bereits an den EU-Außengrenzen abweisen und die, die es doch in die EU schaffen, leichter wieder ausweisen zu können, erhält nun noch mehr Aufwind. Dabei wird institutionell ganz ähnlich vorgegangen, wie von der „Tätergruppe“ der Silvesternacht: Menschen werden auf Grund äußerlicher Kriterien kategorisiert und anhand dieser Kriterien zum Ziel der menschenverachtenden, verletzenden und entwürdigenden Handlungen der eigenen, als überlegen

empfundenen Gruppe gewählt. Nur dass die Gerisseneren ihre Aggression durch schöne Worte wie Gleichberechtigung zu überdecken versuchen und dabei von der breiten Masse der Gesellschaft gestützt werden. Die Kriterien, nach denen die hierher Flüchtenden sortiert werden, sollen den humanitären Schein des Asyl gewährenden Staates und der Willkommenskultur für diejenigen wahren, die „berechtigterweise" hier sind und sich an die Spielregeln halten, während sich für alle anderen das wahre Gesicht dieser Kultur zeigt: Stacheldraht, hochgerüstete Bullen an Grenzen, Bahnhöfen und in den Straßen, Abschiebelager mit menschenunwürdigen Bedingungen, dann und wann in Brand gesteckt von einem rassistischen Mob, Bürgerwehren, gewaltsame Abschiebungen, totale Überwachung durch digitale Erfassung...

Letztere darf natürlich nicht nur für die Unerwünschten gelten, sondern für alle, die es wagen, den hiesigen „Schutz" in Anspruch zu nehmen. Die neuen Ausweise für Asylbewerber, für die ihre Träger alle Fingerabdrücke abgeben müssen, (ein Vergnügen, dass Menschen mit dem „d" im Pass zumindest bis zum ersten Besuch bei den Bullen und bei konsequenter Weigerung meist auch darüber hinaus erspart bleibt,) sind nicht nur deutliche Zeugen eines Generalverdachts, sondern sollen auch die (erzwungene oder gewollte) Verwertung auf dem Arbeitsmarkt erleichtern, und enthalten daher allen zuständigen Behörden zugängliche Daten zur Schul- und Berufsbildung, sowie zum Gesundheitsstand. Wer sich nicht total-erfassen lässt, der bekommt eben keine „Leistungen" mehr. Und auch das geheuchelte Gezanke der Politik um das „Asylpaket II" hat nun ein Ende gefunden, da die meisten parlamentarischen angeblichen „Gegner" und „Kritiker" dieses Pakets der Abscheulichkeiten oder einem seiner Punkte nach Silvester ihren Stunde geschlagen sahen, um, ohne den erbärmlichen Rest ihrer „sozialen" Fassade zu gefährden, einem „Kompromiss" zuzustimmen, bei dem unter anderem drei weitere Länder als „Sichere Herkunftsstaaten" verkauft werden (bequemer weise genau Algerien, Tunesien und Marokko, von wo angeblich der Großteil der Männer kommen soll, die in Köln an den Übergriffen beteiligt waren), der Familiennachzug massiv beschränkt wird, und die Abschiebung straffällig gewordener Asylbewerber erheblich erleichtert werden soll.

Doch das Projekt des Staates zur Perfektionierung seiner Herrschaft und somit die Maßnahmen für mehr Sicherheit, die Politiker, Medien und Bürger fordern, betreffen keinesfalls nur diejenigen, die hierher kommen, um ein Leben ohne die konkrete Bedrohung ihrer Existenz durch Hunger und Krieg führen zu können. Die erhöhte Bullenpräsenz, die Aufrüstung des Polizeiapparats, der Ausbau der Kameraüberwachung, der immer häufigere Einsatz von Militär zum „Management" von sogenannten Ausnahmesituationen... all das schränkt Jede_n ein, insbesondere die, die nicht bereit sind, jedem Befehl blind zu gehorchen.

Selbstverteidigung?

Doch dies scheint vielen „normalen" Bürgern noch immer nicht zu genügen, wie die sich nun überall formierenden Bürgerwehren zeigen. Patrouillierende Zusammenschlüsse von Hinz, Kunz und ein paar Rechtspopulisten und Nazis, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Sicherheit und Ordnung in die eigenen Hände zu nehmen. Denen es nicht mehr reicht, bei allem, was ihnen verdächtig erscheint sofort ihr Smartphone zu zücken und die Bullen zu rufen, sondern die in ihrer Freizeit lieber durch die Straßen ziehen um Selbstjustiz zu üben, statt diese Straßen nur unentwegt, hinterm Fenster oder der Videosprechanlage sitzend, zu beobachten. Eine „Eigeninitiative", die nicht im Geringsten den Charakter hat, von Gewalt, Herrschaft und Unterdrückung zu befreien, sondern die im Gegenteil die staatlich auferlegten Werte so tief verinnerlicht hat, dass das, was die staatlichen Organe tun, um Anderen das Leben schwer zu machen, noch als unausreichend empfunden wird. Zu glauben, ihr Eifer würde sich darauf beschränken, zu verhindern, dass Menschen sexualisierte Gewalt erfahren, ist ebenso eine Illusion, wie zu glauben, das härtere Vorgehen gegen „kriminelle Ausländer" von Seiten des Staates habe nur – oder hauptsächlich – Menschen im Blick, die die Grenzen anderer verletzen. Sowohl die offiziellen wie die selbsternannten Ordnungshüter werden vorwiegend für all die zum Problem werden, die versuchen, sich einen letzten Rest Würde zu bewahren, indem sie sich zum Beispiel durch Diebstähle oder Verwüstungen, gegen die ihnen aufgezwungene (Eigentums-) Ordnung zur Wehr setzen oder in anderer Form revoltieren.



Maximilianstraße...

Prozesse sind nicht einfach der Lauf der Dinge, der vorherbestimmt ist. (…) Verantwortlich sind die am Immobiliengeschäft fett Verdienenden, aber auch diejenigen, die in der Stadtplanung-und Verwaltung sitzen, die um das attraktive Image Münchens und die reibungslosen Abläufe im durchgeplanten, kontrollierten Raum dieser Stadt bemüht sind. (…) Es liegt an uns, ob wir resignieren, oder zumindest den Versuch wagen wollen, sie nicht ungestört ihre Arbeit machen zu lassen und ihnen einen Strich durch die Rechnung zu machen!"

18.01: Eine Person berichtet auf der Internetseite einer der bekannten Münchner Schundblätter, von bereits drei Mal angebrachten Schlangenlinien-Graffitis an den Wänden des Park-Viertel Giesings. Dazu Parolen wie „Giesing bleibt dreckig" und „Gegen Aufwertung."

23.01: „Skandal im Bonzen-Bezirk?" So titelt ein Flugblatt, das nach den Ereignissen in der Maximillansstraße, verteilt wurde. Aus dem Text: An besagtem Tag wurden „[...] Schaufensterscheiben von Luxusläden und Nobel-Boutiquen von Firmen wie Gucci und Escada mittels Sprühdose beschädigt. […] Die Maximillianstraße ist das Symbol einer Stadt der Reichen, in der der soziale Status durch den Geldbeutel definiert wird und alle, die nicht in das Bild der Luxus-Stadt passen, ausgeschlossen, verdrängt und schikaniert werden. Folglich dürfte eben diese Straße auch eine der am besten bewachten sein – und dementsprechend hysterisch reagierten die alarmierten Cops. Da die aufgehetzten Hüter des Gesetzes niemandem am Tatort vorfinden konnten, kamen sie eine halbe Ewigkeit später auf die Idee bei einem viele hundert Meter weit weg stattfindenden Punk-Konzert vorbeizuschauen. Was folgte war eine absurde Machtdemonstration: Hundertschaften und Staatssschutz rückten an, die Straße wurde abgeriegelt, die Konzerträumlichkeiten betreten und die Personalien von 80 eingekesselten Leuten abgenommen. […] Was die Bullen wollen, ist das wir uns einschüchtern lassen und in Angst leben. Sie wollen uns das Gefühl geben, uns in der Hand und immer das letzte Wort zu haben. Sie wollen, dass wir uns aus Angst vor möglichen Strafen entsolidarisieren, distanzieren und gegenseitig an den Pranger stellen. […] Wer nichts sagt, kann auch nichts Falsches sagen." Machen wir den Bullen das Leben schwer!

25.01: Auf dem Messegelände stört eine größere Gruppe von Leuten einen Polizeieinsatz. Die Bullen wurden

beleidigt, geschubst und gefilmt. Schließlich warf sich noch einer der Störer mit voller Wucht auf die Motorhaube des Einsatzwagens und beschädigte ihn so. Wer meint, sich aufführen zu können ohne mit Gegenwehr der Rumgeschubsten zu rechnen, kann nur ein Bulle sein, der zu sehr auf seine scheiß Uniform vertraut.

29.01: Nach Sachbeschädigungen durch Graffiti, finden die gerufenen Bullen Jugendliche vor, die sich in Richtung einer Party in einem quasi leerstehenden Haus bewegen. Da sie aber scheinbar niemanden konkreten in Verdacht haben, entscheiden sie sich offenbar dazu, einen Verdächtigen zu finden und besetzen kurzerhand das Treppenhaus von Haus Nummer 44 in der Pilgerheimerstraße. Nach ein paar Stunden Belagerungszustand, entschließen sich die Partygäste dazu, ihre aussichtslose Lage aufzugeben und hinauszugehen. Hier ein Ausschnitt eine Flugblatts, das in den Tagen danach in Giesing und der Au verteilt worden ist: „Trotz wahrscheinlich nicht vorhandenen gesetzlichen Grundlagen wurden von 118 Personen Fotos gemacht und die Personalien aufgenommen. Bei dieser gesamten Machtdemonstration verweigerten die Bullen, sowie der Einsatzleiter, die Abgabe der Dienstnummern. Den offensichtlichen sadistischen Spaß der meisten Bullen andere Menschen respektlos und herabwürdigend zu behandeln mal außer Acht gelassen, bleibt zu sagen, dass eben diese Respektlosigkeit, die Herabwürdigung und der Anspruch auf das Gewaltmonopol das Wesen jeder Ausübung von Autorität ist und damit wichtigster Bestandteil polizeilicher Praxis. Denn was ist eine Personalienkontrolle und Durchsuchung, sowie Ablichtung sonst, wenn nicht eine Gewalttat gegen die eigene Freiheit und Autonomie […]? Die wahren Feinde sind nicht die, die Buchstaben auf unsere Häuserwände malen, sondern die, die unsere Viertel belagern, in unsere Häuser einbrechen, unter der Androhung von Zwang und Gewalt unsere Namen notieren, unsere Gesichter und die unserer Freunde abspeichern […]!“

3.02: Im Westend attackiert ein 19-jähriger Asylbewerber wiederholt Security-Mitarbeiter in seiner Unterkunft.

6.02: Aus dem Internet: „Dieses Wochenende musste ein Immobilienbüro im gentrifizierten Münchner Glockenbackviertel mal wieder Steine fressen. Breite Straße ist überall! Egal ob Hamburg, Berlin oder Paris – die Antwort auf die Militarisierung der Straßen kann nur Randale und Rebellion heißen. Häuser besetzen, Bullen angreifen, Bundeswehr zerstampfen!“

20.02: In besagter Nacht werden Fenster eines Büros der UETD-Bayern-Zentrale eingeworfen – eine Lobbyorganisation der türkischen Regierungspartei AKP. Aus dem Bekennerschreiben „Wir (…) bekennen uns zum Angriff auf die AKP Bayern Vertretung in München (Ottobrunnerstr. 1). Seit Monaten greifen AKP Mörderbanden in Kurdistan kurdische Städte an, vertreiben hundertausende Menschen aus ihrer Heimat, töten unschuldige ZivilistInnen und zerstören jahrtausendealte Siedlungsgebiete. (…) Alle Organisationen, Strukturen und Personen der AKP und des türkischen Staates sind auch in Zukunft unsere Zielscheibe.“

25.02: Als sich ein Security in einen Konflikt zwischen zwei Asylbewerbern in der Traglufthalle in Unterföhring einmischt, beginnt das Sicherheitspersonal einen der beiden zu schlagen. Daraufhin wurde der Security-Mitarbeiter von anderen Flüchtlingen

Dass die Bürgerwehren dem Staat ein Dorn im Auge sind, obwohl sie großteils durch das gleiche Rechts- und Sicherheitsverständnis motiviert sein dürften, hat den einfachen Grund, dass auch sie sein Gewaltmonopol ignorieren, da sie weder, wie die Bullen, seiner direkten Kontrolle unterstehen, noch im Rahmen eines – durch ihn kontrollierbaren – Arbeitsverhältnisses handeln, wie die Securitys. Sie sind also nicht autorisiert, können schwer reglementiert werden und es besteht die Gefahr, dass sie bei der Verteidigung der gemeinsamen Werte über das Ziel hinausschießen und selbst auf gesetzeswidrige Weise vorgehen. Die Bullen werden bei all dem nicht müde, zu betonen, dass sie voll und ganz in der Lage sind, für den „Schutz der Bürger“ zu sorgen, während gleichzeitig nach mehr Personal und besserer Ausrüstung gerufen wird, die auch wichtig seien, um sich radikalisierende Tendenzen in der Gesellschaft zu beruhigen.

Und so versucht mal wieder jede_r, der Interesse am eigenen Machterhalt und -gewinn hat, die Situation für seine Zwecke zu instrumentalisieren, was allzu oft auch zu gelingen scheint.

Weder Opfer noch Schutzbedürftige!

So sind die, die sich die Freiheit erkämpfen wollen, nun also nicht nur mit dem Staat und seinen Handlangern konfrontiert; nicht nur mit Militär in den Straßen zu immer häufigeren Gelegenheiten; nicht nur mit religiösen Spinnern, die entweder den unterwürfigen Frieden predigend durch die ärmsten Länder der Welt ziehen, oder in der Hoffnung auf ihren Eintritt ins Paradies nur darauf aus sind, möglichst Viele mit sich in den Tod zu reißen; nicht nur mit sexistischen Arschlöchern, für die Frauen minderwertige Wesen sind, die sich zu vermummen haben und alles mit sich machen lassen sollen, oder der „emanzipierten“ Variante sexistischer Arschlöcher, die sie auf Werbefiguren und ihre Rolle als Arbeiterinnen und Konsumentinnen reduzieren, ganz gleichberechtigt natürlich. Wir sind auch noch mit einfachen Leuten konfrontiert, die gerne Hilfssheriff spielen und das freie Ausleben jeglicher Individualität, Kreativität und Destruktivität noch mehr erschweren. All dem zu begegnen ist sicherlich nicht leicht und stellt uns in unserem Handeln und in der Klarheit unserer Ideen auf die Probe. Eingelullt von dem ständigen Geplätscher der Medien und ihrer selektiven Berichterstattung, gewöhnt an Diskussionen, die nur selten die Gemeinplätze verlassen, kann es Mut und Kraft erfordern, eigene Gedanken, Analysen und vor allem Handlungsweisen zu entwickeln. Doch genau dies ist es, was es zu tun gilt, wenn wir aus der – teils selbstgewählten – Opferposition heraus kommen wollen: Nicht automatisch über Übergriffe in Köln entsetzter zu sein, als über Vergewaltigungen im Krieg, über ein Attentat in Paris entsetzter, als über eins in Beirut, über die Gewalt eines Individuums oder einer Gruppe entsetzter, als über die eines dafür bezahlten Handlangers, und sei sie noch so „maßvoll“ und legal; auf Basis unserer eigenen Ethik, statt auf Basis des Gesetzbuches zu entscheiden, was wir verachtens- und bekämpfenswert finden; dieser Ethik entsprechend zu handeln, und sich allem in den Weg zu stellen, was uns und andere am Leben hindert und unsere Freiheit beschränkt, mit den Mitteln, die mit unseren Zielen, Wünschen und Ideen übereinstimmen und gemeinsam mit den Menschen, die sie teilen; Verantwortung für unsere eigenen Taten zu übernehmen, für ihre Auswirkungen, für das, was um uns herum passiert, statt alles passiv hinzunehmen oder sich im vorgegebenen Rahmen dazu zu äußern oder daran zu „beteiligen“; Menschen als Individuen, und nicht als Angehörige irgendwelcher Gruppen und Kategorien zu begegnen...

All dies könnte der Beginn von einem Experiment sein, bei dem nichts (und niemand) sicher, aber alles möglich ist.

[Fortsetzung von Seite 1]

Die Häuser denen, die sie brauchen!

Dass Obdachlose oder Jugendliche mal still und heimlich für ein paar Nächte in einem leerstehenden Haus pennen, scheint unvermeidlich, aber wer zu mietfreiem Wohnen in der Stadt mit den höchsten Mieten ermutigt, und dies auch gleich noch demonstrativ vormacht und diese Besetzung darüber hinaus auch verteidigen will, ja, dem muss man eins rein würgen. So observierten die Bullen das Haus, warteten bis die dreisten Drei nachmittags wieder im Haus waren und stürmten dieses ohne Vorwarnung mit 60 USK-Orks. Schließlich flogen Steine in Richtung der Bullen, von welchen sich allerdings nur einer beim Herunterspringen von einem Mauervorsprung verletzte. Das Resümee: Alle drei festgenommen und der „Münchner Linie“, dass keine (offensichtliche) Hausbesetzung länger als 24 Stunden währen darf, alle Ehre gemacht und sogleich alle, die womöglich die bestehenden Eigentumsverhältnisse in Frage stellen wollen durch massive Repression eingeschüchtert und abgeschreckt – das war die Leistung der Bullen. Die der Justiz folgte auf den Fuß: Es wurde das Erste mal das im gleichen Jahr verabschiedete Gesetz genutzt, dass Steinwürfe mit versuchtem Totschlag zu verfolgen seien, und so wurden sechs Monate Untersuchungshaft verordnet, und nach einigen Hausdurchsuchungen und Bespitzelungen im darauf folgenden Prozess jeweils eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren Jugendhaft verhängt.

In der Breiten Straße tut sich was!

Im Moment wird wieder deutlich, wie aktuell das Thema ist. Ein Vorfall mit offensichtlichen Parallelen ereignete sich im Sommer 2014 in Hamburg: In einer kollektiven Aktion wurde ein seit Jahren leerstehendes Haus in der Breite Straße besetzt und Transparente aus dem Fenster gehangen. Die anrückenden Bullenhundertschaften versuchten sofort das Haus zu räumen, jedoch wurde dem mit massiver Gegenwehr entgegnet und so regneten minutenlang Farbe und Gegenstände auf die vor dem Haus stehenden Bullen. Die Besetzung hat deutlich gemacht wie Gegenwehr praktisch werden kann und was alles möglich ist – das konnten die Hamburger Bullen nicht auf sich sitzen lassen und so hatte das ganze ein Nachspiel: Fünf Personen werden in der Nähe des besetzten Hauses festgenommen und gegen zwei von ihnen wird U-Haft verhängt. Was folgt sind weitere teils schwer bewaffnete Hausdurchsuchungen, Observationen im Umfeld, DNA-Abnahmen und Zeugenaufrufe. Seit Ende letzten Jahres läuft nun ein Prozess gegen sechs Personen, von welchen drei Beschuldigte wegen versuchten Totschlages angeklagt sind. Während des Prozesses scheint es teilweise zu fulminanten Situationen zu kommen, da die Angeklagten stets durch haufenweise solidarische Zuschauer_Innen unterstützt werden, welche hin und wieder aus dem Gerichtssaal geräumt werden.



Ein Bulle, der Farbe abbekommen hat- bei der Räumung in der Breiten Straße

mit Steinen angegriffen, woraufhin die Polizei anrückt. In besagten Traglufthallen existieren nicht einmal einzelne Zimmer, sondern nur Sichtschutzbarrieren. Dass diese unmenschlichen Lebensbedingungen Konflikte zuvor bringen, liegt auf der Hand.

24.02: Als ein 72-jähriger erfährt, dass ihm seine Wohnung gekündigt wurde, geht er zum Amt für Wohnen und Migration. Dass wohl keinem der dortigen Schreibtischtäter ansatzweise bewusst ist, was für einen gravierenden Einschnitt es dartsellt, das gewohnte Zuhause zu verlieren, zeigt die Reaktion des Mannes auf das Gespräch, von dem er sich wohl Hilfe erhofft hatte: er geht aufs Dach des Amts und springt. Wenn Menschen den letzten Ausweg aus der verzweifelten Situation, in der unsere Lebensverhältnisse einzig und allein dem Profit unterworfen sind, und nicht unseren Bedürfnissen, darin sehen, sich umzubringen, dann ist das Mord durch Immobilien-Besitzer-Aasgeier und den bürokratsichen Apparat! Schreibtisch-Täter, ihr könnt euch nicht der Verantwortung entziehen!

26.02: Nachdem am Dienstag den 23. Februar ein afghanischer Abschiebehäftling die Matratze seiner Zelle in Brand steckte um sich seiner drohenden Abschiebung zu entziehen, solidarisieren sich am darauf folgenden Tag andere afghanische Mitgefangene und treten in Hungerstreik, da er trotz seines Protestes am darauf folgenden Tag in das Kriegsland Afghanistan abgeschoben wurde. Am 26. ketteten sich dann einige Leute an das KVR um sich mit den Hungerstreikenden zu solidarisieren und gegen die Abschiebepraxis Deutschlands im Allgemeinen zu demonstrieren. Es kommen immer mehr Leute zu dieser unangemeldeten Versammlung zusammen, bis sie schließlich aufgelöst wird und die Angeketteten nach Stunden des Protestes in Gewahrsam genommen werden. Sie stellten folgende Forderungen: „Rückkehrrecht des abgeschobenen Afghanen und aller anderer Abgeschobenen; Freilassung aller Abschiebehäftlinge; Aussetzung der Abschiebungen der Hungerstreikenden; Schließung aller Rückführungs- und Abschiebeanstalten; sowie Bleiberecht für alle.“

6.03: Vor einer unbewohnten Flüchtlingsunterkunft in Milbertshofen demonstrierten spontan ca. 60 Leute gegen rassistische Hetze, da auf diese Wohncontainer kurz zuvor ein Brandanschlag von drei Jugendlichen verübt worden war, der leider wohl aus Hass gegen Flüchtlinge ausgeführt wurde und nicht aus Hass gegen Grenzen, Lager und Staaten. Rassismus wird immer praktischer und schreckt nicht davor zurück, “deutsche Werte” und Privilegien mit allen Mitteln zu verteidigen und dabei auch in Kauf zu nehmen, Menschen zu verletzen oder umzubringen, die als “fremd” gelten. Alle Arten von Lagern sind Orte, die zerstört werden sollten, allerdings aus anderen Gründen: Weil sie Orte der Registrierung, Entwürdigung und Isolierung von Menschen und der Selektion in “Brauchbares Menschenmaterial” und “Unerwünschte” sind!

11.3: Bei einer Ausweis-Kontrolle im Zug will ein Flüchtling den Bullen entkommen, indem er ein Fenster öffnet, hinausklettert und springt. Er überlebt es nicht. Vermutlich wollte er sich in Sicherheit bringen, um der erneuten Abschiebung zu entgehen. Wie viele Menschen haben der Staat und seine Diener schon auf dem Gewissen?

* * *

Wenn in München ein wenig Unruhe aufkommt, die sich dem demokratischen Rahmen entzieht und die Ordnung (bewusst oder unbewusst) in Frage stellt, wird von Bullen, Politik und Medien alles versucht, dies totzuschweigen, um eine mögliche generelle Verbreitung zu verhindern. Diese handlungen werden als isoliert behandelt und betrachtet, die handelnden als möglichst krank, abnormal und verrückt dargestellt. Doch genau diese (kleinen) Versuche, sich gegen die täglich sichtbaren und subtilen Zwänge zu wehren, zeigen, dass es nach wie vor Ungehorsam und Möglichkeiten zu handeln gibt. Deshalb schreibt an **fernweh@autistici.org**, *wenn ihr etwas derartiges seht oder davon erfahrt und nicht wollt, dass es verloren geht.*



Die Frage, ob die Festnahmen und der stattfindende Prozess alle rebellischen Gemüter in Hamburg einschüchtern konnte, beantworten zahlreiche solidarische Angriffe auf den Staat und seine Justiz sowie auf Profiteure der immer noch leerstehenden Breite-Straße eindeutig mit „NEIN!“.

Repression auf allen Ebenen

Wir befinden uns in einer Periode in der die Herrschaft eine repressive Offensive auf allen Ebenen der Gesellschaft vollzieht. Der Staat will bis ins letzte Detail jeden Aspekt unserer Leben kontrollieren und verwalten und ruft im Angesicht neuer Anforderungen angebliche Krisen und Ausnahmezustände aus, die die Gelegenheit bieten sein repressives Arsenal zu vergrößern und mit neuen Regierungstechniken zu experimentieren. Kriegerische Interventionen und jahrelange Militäreinsätze und -belagerungen für die Demokratie und die Wirtschaft, und gegen den Terror, die Piraterie, das Schlepperwesen etc., mehr Bullen und Soldaten, schärfere Gesetze und größere Waffen, härtere Justiz und schnellere Urteile, bessere Selektion, wer arbeitstüchtig und leistungsfähig ist, klarere Kategorisierungen von politischen „Extremisten“ und so weiter und so fort. Was im Bürokratendeutsch Integration von beispielsweise Flüchtlingen oder Migranten genannt wird, heißt auf gut Deutsch Individuen in die Zwangsjacke eines kapitalistischen Apparates zu zwängen, ihnen zu predigen, dass das kein Gefängnis, sondern eine „Zivilgesellschaft“ ist und es „bei uns“ andere und zivilisiertere Regeln gibt und dass es hier für alles Anträge, Wartezeiten und eine Warteschlange gibt und zudem eine Autorität, die einen festnimmt, einsperrt, abschiebt oder einem aufs Maul haut, wenn man das nicht kapiert. Integration heißt aber auch Menschen in ein Wirtschaftssystem zu stecken, und ihnen die Möglichkeit zu geben zu funktionieren, sich zu spezialisieren, zu konkurrieren, zu beweisen und ausbeuten zu lassen und herauszufinden ob sie sich mit dieser Logik abfinden können und mit der Aussicht auf ein Leben der Arbeit und Ausnutzung, Abstumpfung und Armut für die Wirtschaft und ihre Bosse und Firmen fleißig ackern und sich vielleicht sogar hocharbeiten. Diese Aussicht muss für alle die Erscheinung eines Lichtblicks wahren, muss die Perspektive, das Glück schlechthin sein, der german dream, für den man bereit sein muss alles zu geben, viel zu ertragen, aber noch mehr ernten wird... Geld, Arbeit, Ansehen. Damit diese Perspektive exklusiv bleibt, dürfen es die meisten natürlich nicht schaffen und müssen aussortiert werden – und zudem muss allen Neuankömmlingen klar sein, dass ihre Chancen schlechter als die der gebürtigen Staatsbürger sind und es eben auch Leute geben muss, die schwarz arbeiten, am „Arbeiterstrich“ darauf warten abgeholt zu werden, im Park mit Drogen dealen oder sich auf Einbrüche und Diebstahl fokussieren – schließlich ist das Klischee des kaltblütigen barbarischen schwerkriminellen Ausländers immer noch etwas, wovor man sich als Deutscher richtig fürchten sollte und womit man folgerichtig bestens Politik machen kann.

Für Kontakt, Kritik, Textbeiträge, etc. schreibt uns: fernweh@autistici.org Die älteren Ausgaben und alle Texte gibt es auf fernweh.noblogs.org

Die Stadt als Unternehmen

In diesem Prozess der Integration ist die Stadt als Spielfeld keine neutrale Fläche. Sie gleicht einer Firma, in der alles aus dem Blickwinkel betrachtet wird, wie viel Gewinn es abwirft, und alle Mitarbeiter unter der Kontrolle der Aufseher und Verwalter stehen. Die Stadt ist kein Lebensraum, keine freie Fläche, sie ist eine Profit abwerfende Fabrik, in der jeder seinen Arbeits- und seinen Erholungsplatz hat. Alle Wege und Tätigkeiten müssen permanent kontrolliert und perfektioniert werden. Ein Haus ist nicht einfach ein Haus und entweder voll oder leer, sondern erfüllt vielmehr eine ökonomische Funktion, die verwaltet und zugeordnet wird. Wenn Wohnen zum Luxus wird, der Verkauf und die Vermietung von Lebensraum also zum Wirtschaftsmotor und nebenbei der Kampf um die zu vermietende Wohnfläche der Bereich wird, indem ganze Bevölkerungsschichten verdrängt und verschoben und samt Wurzel ausgerissen werden um sich gefälligst woanders neu zu integrieren, darf niemand einfach besetzen und umsonst wohnen. In einem Moment in dem für Hunderttausende Menschen die „Erlaubnis zum Dableiben“ fraglich, zur Schicksalsfrage und zum Privileg wird, darf nicht ersichtlich werden, dass alle „dableiben“ und hier wohnen und leben könnten, dies aber laut der kapitalistischen Kosten-Nutzen Rechnung nicht profitabel ist. Die heilige Grenze des Eigentums, die bestimmt, wer wir sind und was wir dürfen, darf nicht in Frage gestellt werden. Tatsächlich sind nicht die Fluchtursachen und eine perfekte Verwaltung und Integration die bestimmende Frage, wer hier bleiben kann, sondern viel mehr die Frage, ob wir die Grenze des Eigentums antasten und erkennen, dass wir unsere auferlegte Armut gemeinsam überwinden können, indem wir uns nehmen, was wir brauchen. Zu Enteignen heißt nicht sich auf Kosten anderer zu bereichern, sondern ein Bedürfnis und nicht den Geldbeutel zum Ausgangspunkt des eigenen Handelns zu machen.

Im Kapitalismus denkt jeder nur an sein eigenes Überleben und sieht andere nur als Gefahr oder Konkurrenz, die einem das eigene Stück vom Kuchen vielleicht streitig macht. Kapitalismus und Rassismus gehen Hand in Hand, denn niemand darf dieses Schema durchbrechen und andere Fragen stellen – kollektive Fragen. Warum werden Menschen in die Enge eines Lagers oder Wohnheims gequetscht, während mit hunderten leerstehenden Häusern spekuliert und Profit gemacht wird? Warum erkennen diejenigen, für die die neuen Armenquartiere und Billigjobs geschaffen werden, die sich ihr Leben lang nur betäuben und zu Gunsten anderer schuften und für ein Monatsgehalt die Zerstörung ihres Körpers und Geistes in Kauf nehmen, nicht ineinander wieder? Warum betrachten wir das gemeinsame Elend und die Idee des Privateigentums nicht als Problem und nehmen uns von vorhandenem Reichtum? Warum fragt niemand der Tausenden armen Teufel, die gerade das x-Tausensde Gespräch mit dem Sachbearbeiter im Jobcenter haben, in der Wartehalle einer Zeitarbeitsfirma oder Ausländerbehörde sitzen, oder nach getaner Arbeit mit stumpfen Blick vorm Spielautomaten oder der Kasse eines Billigdiscounters stehen, den anderen: „Kannst du dir vorstellen gemeinsam ein Haus zu besetzen?“

V.i.S.d.P. Hansi Hase, Schellingstr. 56, 80802 München